

lands zeigt, welche große Bedeutung die Kommunistische Partei an der Saar diesem Parteitag in unserem Kampf um den Frieden und die nationale Einheit Deutschlands beimißt. (Beifall.)

Der Genosse Otto Grotewohl hat in seinem Referat von dem Raub der deutschen Saar gesprochen. Es erscheint uns notwendig, im Gegensatz zu der bei uns geführten reaktionären Propaganda darauf hinzuweisen, daß der Raub der Saar nach Beendigung des Krieges und unter Bruch der Potsdamer Beschlüsse durchgeführt wurde. Es handelt sich demnach nicht darum, die Annexion der Saar, welche auf kaltem Wege durch die französischen Imperialisten vorgenommen wurde, mit der Oder-Neiße-Linie zu vergleichen, die unter den Bedingungen des Krieges besprochen und nach gemeinsamer Vereinbarung der Großmächte in den Potsdamer Beschlüssen festgelegt wurde und nun nach dem Abkommen der Regierungen des volksdemokratischen Polens und der Deutschen Demokratischen Republik die endgültige Friedensgrenze der beiden Länder ist.

Aus der wirtschaftlichen Angliederung der Saar an Frankreich und ihrer politischen Lostrennung von Deutschland ergeben sich für die Kommunistische Partei an der Saar entscheidende Aufgaben, wobei diese des Kampfes um den Frieden besonders hervorgehoben werden muß, dies um so mehr, da sich die Annexionspolitik der französischen Imperialisten in der Richtung vollzieht, die Saar mit ihrem Industriepotential in den Plan der amerikanischen Kriegspolitik einzubauen, wie dies in dem Schumanplan seinen Niederschlag findet, der ein Plan des Krieges, nicht aber ein Plan des Friedens und der Völkerverständigung ist.

Mit der Einschaltung des Saargebietes als assoziiertes Mitglied des Europarats und der stärksten Förderung der Idee der Europaunion ist der landesverräterische Charakter der Anschlußpolitik gekennzeichnet. So leisten die Hoffmann, Kirn, Wacker und Braun im Auftrage der französischen Industrieherrn, im Auftrage der USA ihren Beitrag zur materiellen und ideologischen Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder und die Deutsche Demokratische Republik.

Die Partei stellte sich angesichts dieser Tatsache die konkrete Aufgabe, Friedenskomitees zu bilden, was uns zuerst in Saarbrücken gelang. Das Komitee sollte in einer öffentlichen Kundgebung gewählt und bestätigt werden. Der stellvertretende Innenminister Dr. Hector verbot diese Kundgebung und erklärte nachträglich gegenüber dem